

Medienkonferenz des Berner Komitees gegen die extremen Agrarinitiativen

30.04.2021

Die extremen Agrarinitiativen treffen nicht nur die Landwirtschaft, Konsumentinnen & Konsumenten – Auch KMU entlang der gesamten Wertschöpfungskette sind betroffen

Text von Lars Guggisberg, Nationalrat SVP Kanton Bern, Kirchlindach

Die Initiativen schaden auch kleinen und mittleren Unternehmen

Die Agrarvorlagen schaden der Wirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Von den Bauern über die Lebensmittelverarbeiter bis zu den Detailhändlern, Gastronomen, Hoteliers, Konsumentinnen und Konsumenten verlieren alle. Die Initiativen gefährden Arbeitsplätze und Lehrstellen in der Schweiz und verhindern eine verantwortungsvolle, regionale Produktion. Und das in einer Zeit, in welcher insbesondere die Gastrobranche am Abgrund steht.

Die Schweiz hat schon heute im europäischen Vergleich die höchsten Preise für Lebensmittel, diese kosten rund 70% mehr als im EU-Durchschnitt. Die beiden Initiativen hätten unmittelbar deutlich tiefere Erträge in der Schweizer Landwirtschaft und noch höhere Preise für regionale Produkte zur Folge.

Ein konkretes Beispiel: Beim Verzicht auf Pflanzenschutzmittel ist bei Mais mit Ertragseinbussen von 40% zu rechnen. Der Preis für Schweizer Mais würde erheblich steigen. Damit steigen auch die Herstellungskosten für das Schweizer Maisgipfeli- oder Brötli in der Bäckerei. Die Preisdifferenz bezahlt entweder der Konsument bzw. die Konsumentin oder die Bäckerei bleibt auf den höheren Kosten sitzen.

Massiv teurere Einkaufspreise für landwirtschaftliche Rohstoffe führen zu einem klaren Wettbewerbsnachteil für die Schweizer Lebensmittelindustrie. Wenn das regionale Angebot sinkt und über 50% teurer wird, werden Schweizer Produkte zwangsläufig durch Importe ersetzt. Diese Importgüter können hinsichtlich Ökologie und Tierschutz bereits heute nicht mit den Schweizer Standards mithalten. Die Initiativen schiessen damit also ein klassisches Eigentor.

Noch mehr Einkaufstourismus

Auch der Einkaufstourismus würde unnötig zusätzlich angeheizt. Das hätte fatale Auswirkungen auf den Schweizer Detailhandel, schmerzhafteste Umsatzverluste wären zu befürchten. Bereits in den Jahren vor der Corona-Krise flossen jeweils rund 10 Milliarden Franken (11% der Detailhandelsumsätze) in die Nachbarländer. Diese bereits jetzt horrenden Zahlen würden bei einer Annahme der Initiativen weiter ansteigen.

Mehr Foodwaste

Was bei der Diskussion rund um die Agrarinitiativen leicht vergessen geht: Bei einer Annahme der Pestizid-Initiative dürfte die Lebensmittelindustrie keine synthetischen Biozide (z.B. Reinigungsmittel- und Desinfektionsmittel) mehr einsetzen, da diese zu den Pestiziden gehören. Ohne solche ist eine einwandfreie Lebensmittelqualität nicht mehr gewährleistet und die Haltbarkeit der Produkte sinkt. Grosse Mengen Lebensmittel müssten unnötig weggeworfen werden.

Gewerbe und Landwirtschaft müssen zusammenhalten!

Ich komme zum letzten Teil meiner Ausführungen und erlaube mir zunächst, noch Folgendes festzuhalten: Auch Bauernbetriebe gehören zu den kleinen und mittleren Unternehmen. Zudem sind Gewerbler und Landwirte aus dem gleichen Holz geschnitten. Beide Berufsgruppen denken und handeln unternehmerisch, beide versorgen unser Land mit wertvollen Gütern und Dienstleistungen, beide sind «Champffer» und

beide tragen dazu bei, dass unser einzigartiges Berufsbildungssystem funktioniert. Und sowohl die Landwirtschaft als auch das Gewerbe sind angewiesen auf gute Rahmenbedingungen hinsichtlich staatlicher Eingriffe, Bürokratie, Abgaben, Bildung, Energie und Verkehr.

Fazit: Die vorliegenden extremen und kontraproduktiven Agrarinitiativen schaden direkt und unmittelbar den Schweizer Landwirtinnen und Landwirten. Wie dargelegt schaden die Initiativen aber auch den konsumierenden Bürgerinnen und Bürgern und dem Gewerbe entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Und vergessen wir schliesslich Folgendes nicht: Beim an der Urne kürzlich angenommenen Abkommen mit Indonesien konnte das Gewerbe auch auf die Unterstützung vieler Landwirtinnen und Landwirte zählen. Am 13. Juni ist die Schweizer Landwirtschaft auch auf die Unterstützung des Gewerbes angewiesen.